

Info für gemeinschaftliches und selbstbestimmtes Wohnen Nr. 5 November 1999

Architektur *Wenn Nutzer mitplanen*

von Joachim Brech

Jetzt auch im Internet:
www.stattbau.de

Inhalt

Architektur <i>Wenn Nutzer planen</i>	1
Genossenschaft plus <i>Selbstverwaltung im Hochhaus</i>	3
Stadtpolitik <i>Neue Wohnformen und soziale Stadtentwicklung</i>	4
Frauen-Wohnen <i>Die Bremer Beginen</i>	5
Interkulturell <i>Das Mukojima-Japan-Haus</i>	6
Genossenschaften aktuell <i>Belegung ganz anders</i>	7
Neue Genossenschaft <i>Wohnreform 2 000</i>	8
Praxis <i>Schröderstift – Kinder höherer Stände</i>	9
Im Gespräch <i>PROWO – Neues Netzwerk in Hamburg</i>	10
Eidelstedt <i>Die Erben vom Bauern Langeloh</i>	11
Tipps Nr.3 <i>Anders wohnen – ohne Moos nix los</i>	12
FREIHAUS <i>Nachgefragt – Veranstaltungen, Termine und Kontakte</i>	13
Service <i>Veranstaltungen</i>	14
Service <i>Beratungstermine</i>	16
<i>In eigener Sache</i>	2
Impressum	16

Wenn Nutzer/innen beim Bau von Mehrfamilienhäusern mitplanen, geht dann die Architektur baden? Und werden Architekten/innen zu Bauzeichner/innen degradiert, die umsetzen müssen, was ihnen Laien vorschreiben? Oder geht es um ganz was anderes?

Pragmatisch programmatische Zeichen

Die neuen Wohnformen haben gezeigt, dass das Planen und Bauen von Wohnungen als sozialer Prozess zu verstehen ist. Damit wurde implizit eine substantielle Kritik vor allem am System des „sozialen Wohnungsbaus“ formuliert. Mit der Verständnislosigkeit der Entscheidungsträger gegenüber dem Planen, Bauen und Nutzen von Wohnungen, die sich besonders in Bauten ab Anfang der 70er Jahre zeigt, wurde die Krise so vieler Wohnsiedlungen begründet.

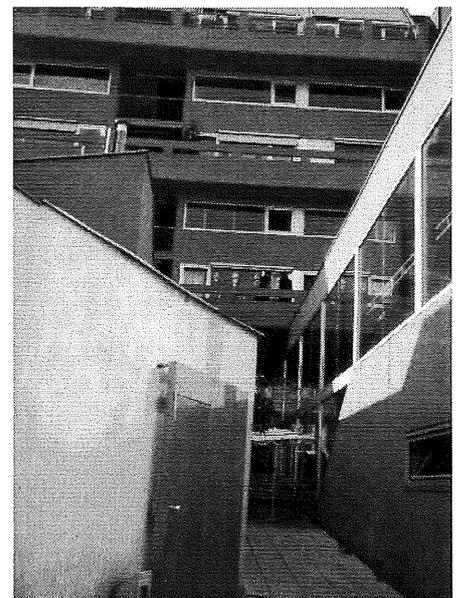
Hier haben die Wohnprojekte ganz pragmatisch programmatische Zeichen gesetzt. Sie verdeutlichten den Wunsch, eine wie auch immer aussehende „Verantwortungsgemeinschaft“ zu bilden, und sei es auch nur in kleinen, alltäglichen Dingen. Und sie demonstrieren seit Jahren, wie solche Lebensformen gestaltet werden können und welcher Voraussetzungen es bedarf: Vor allem sollten die künftigen Bewohner/innen von Anfang an mitplanen oder sogar selbst planen und bauen können - und zwar gründlich und nicht nur oberflächlich.

Beim Wohnen: zu viele Experten

Mit dieser Forderung haben die Wohnprojekte den Nerv all jener Experten und Expertinnen getroffen, die meinen, zu wissen, was für andere gut und richtig ist. Und

es gibt beim Wohnungsbau viele Experten. Jede/r Architekt/in ist davon überzeugt, die Bedürfnisse der Menschen zu kennen. Er glaubt zu wissen, welcher Grundriss gut und welcher schlecht ist, welche Hauserschließung vernünftig erscheint, welcher Freiraum geeignet ist und vor allem, ob die „Architektur“ gut ist. Es gibt Architekten und Architektinnen, die zum Beispiel meinen, der Mensch brauche heute nicht Struktur zur Selbstentfaltung, sondern „Form“, und allein die Architekten seien die Meister der Form.

- Neben die Architekten/innen sind heute weitere Spezialisten getreten, die überzeugt sind, in ihrem Gebiet über die richtigen Erkenntnisse zu verfügen, z. B. die Spezialisten für das Wohnen Älterer und Behinderter oder für ökologisches Bauen und Wohnen.
- Natürlich glaubt jeder Wohnungsbau-



Berühmtes Wohnprojekt in Wien: die „Sargfabrik“

träger und jede Genossenschaft zu wissen, was „ihre Mieter“ oder Käufer wünschen. Die Unternehmen sehen sich in ihrer Einschätzung bestätigt, wenn sie die Wohnung vermieten oder verkaufen können.

- Selbst Trendagenturen treten heute auf Fachtagungen der Wohnungswirtschaft auf und verkünden das Neuste vom Wohnen.
- Sogar Befürworterinnen der Planungsbeteiligung werden zu Expertinnen. Aus feministischem Blickwinkel wird behauptet, vor allem Architektinnen seien „Expertinnen“, weil Frauen mehr vom Wohnen verstehen als Männer.
- Auch die öffentliche Verwaltung, von der Bauleitplanung bis zur Wohnbauförderung und dem Wohnungsamt, ist sich sicher, mit Normensetzung, Standardisierung und Zuteilungsrichtlinien nur das Beste für die Menschen zu tun.
- Ebenso äußern sich Politiker auf allen Ebenen der Politik dezidiert zum Wohnen.

Soziale Kompetenz gewinnen

Die heutige Orientierungslosigkeit bestärkt die Macht der Experten über die Bewohner. Viele Menschen suchen Halt und Bindung, und die Experten scheinen das zu bieten. Selbstbestimmung und Teilhabe an Entscheidungsprozessen setzt Kompetenz und Selbstbewusstsein voraus. Es ist heute, wo sich im Leben der Menschen so viel verändert, nicht leicht, sich auf Pro-

zesse einzulassen, die – auch wenn ein bestimmtes Ergebnis erzielt werden soll – immer neue Fragen aufwerfen, für die es nicht immer eindeutige Antworten gibt. Die „Kunst“ des sozialen Prozesses besteht darin, zu lernen, dass unterschiedliche Meinungen nicht „auf den Punkt“ oder den „gemeinsamen Nenner“ gebracht werden müssen und dass die eigenen Bedürfnisse gar nicht so konstant sind, wie wir oft glauben. In der Beteiligung an der Planung von Wohnprojekten kann diese soziale Kompetenz erworben und entwickelt werden.

Voraussetzungen

Architektur als sozialer Prozess setzt voraus,

- dass von seiten der Fachleute keine fertigen Konzepte vorgegeben werden,
- dass keine unveränderbaren Bauformen „entworfen“ werden,
- dass sich die Fachleute darauf beschränken, „nur“ eine Grundlage für den Dialog mit allen zu entwickeln. Wenn ein Architekt dazu keine Varianten vorlegt, ist Skepsis angebracht.

Planung besteht im Dialog. Dialog heisst: keine „einsamen“ Entscheidungen, keine demokratische Abstimmung, sondern gemeinsames Erarbeiten von Lösungen.

„Architektur“?

Viele Architekten meinen, in einem derart komplizierten sozialen Prozess, an dem so viele Menschen mit unterschiedlichen

Meinungen beteiligt sind, könne keine „eindeutige“ Architektur entstehen, sondern nur ein Mischmasch. Die Verantwortung könne nicht vom Architekten auf eine Gruppe übertragen werden.

Es ist zutreffend, dass der Prozess umfassend und schwierig ist und viele Fachleute überfordert, weil sie ihre neue, und durchaus unverzichtbare Rolle noch nicht gefunden haben, obgleich sie eigentlich gar nicht so neu ist. Bei der Planung eines Einfamilienhauses findet ja auch ein sozialer Prozess zwischen Architekt und Bauherrn statt. Jetzt aber sind Bewohner „Bauherren“, die dieses Privileg bisher nicht hatten. Das irritiert.

Natürlich kann nicht behauptet werden, durch die Beteiligung der Bewohner entstehe notwendigerweise eine „bessere“ Architektur, also Häuser, die den Betrachter überraschen, verwirren, zur Auseinandersetzung anregen, die ein Experiment darstellen, die in die Zukunft weisen. Aber es gibt viele Wohnprojekte – auch in Hamburg –, bei denen sich in zahllosen baulichen Details der soziale Prozess widerspiegelt: sei es in der Anordnung der Wohnungen, den Grundrissen, der Farbgebung bis hin zum „Freiraum“. Deshalb haben Projekte, die in einem sozialen Prozess entstanden sind, eine Zukunft. Im übrigen findet der soziale Prozess nie ein Ende, weshalb auch das Haus niemals richtig fertig wird.

Dr. Joachim Brech ist Gesellschafter der WOHNBUND FRANKFURT GmbH und Vorstandsmitglied im WOHNBUND-Bundesverband

Eine kritische Zwischenbilanz scheint angesagt.

FREIHAUS Nr. 5 im Internet: Sämtliche **FREIHAUS**-Ausgaben werden im Internet vorgestellt, entweder vollständig oder mit Inhaltsangabe. Zusätzlich gibt es einen Termin- und Veranstaltungsservice in ständig aktualisierter Form. Was es in Hamburg an Veranstaltungen zum Thema Wohngruppenprojekte gibt, wird zuallererst im Internet zu finden sein. Hier die neue Adresse: <http://www.stattbau.de> See you im Internet!

FREIHAUS Nr. 6 erscheint Ende Mai 2000. Die Redaktion

Genossenschaft plus Selbstverwaltung im Hochhaus

von Klaus Habermann - Niesse und Kirsten Klehn

Neubauviertel aus den 70er Jahren gelten als städtische Problemsiedlungen. Um den BewohnerInnen dort eine positive Wohnperspektive zu geben, wurden in Kiel Hochhäuser in die Selbstverwaltung übertragen. Spannend, oder nicht?

Eine Großsiedlung wie jede andere

Kiel-Mettenhof, wo etwa 20 000 Menschen wohnen, ist eine Großsiedlung der 60er und 70er Jahre mit den typischen Problemen aus dieser Zeit. Der Anteil der Wohnungen mit Belegungsbindungen am Gesamtwohnungsbestand ist relativ hoch. Besonders in bestimmten Bauabschnitten wird die Sozialstruktur als problematisch beschrieben. Viele Eingesessene sind schon weggezogen, andere erwägen das. Beständiger Mieterwechsel belastet das Wohnen im Alltag und erschwert das Entstehen von Nachbarschaften. Dies alles trägt zur weiteren sozialen Destabilisierung des Stadtteils bei.

Vor diesem Hintergrund haben sich im Mai 1998 engagierte BürgerInnen aus dem Stadtteil zum „Initiativkreis zur Gründung einer Bewohnergenossenschaft in Kiel-Mettenhof“ zusammenschlossen. Der wollte dort Wohngebäude aus dem Besitz der großen Wohnungsunternehmen in eine neue, bewohnernahe Trägerschaft überführen. Damit sollte die Mieterstruktur stabilisiert, Beteiligungsmöglichkeiten verbessert und Nachbarschaften gestärkt werden. BewohnerInnen sollten Einfluss auf die Belegung sowie die Mietpreisgestaltung nehmen können und eigentümerähnliche Rechte erhalten, ohne damit die wirtschaftlichen Risiken des individuellen Wohnungseigentums auf sich nehmen zu müssen.

Dem Verkauf zuvor gekommen

Zwei neun-geschossige Hochhäuser am Esbjergweg 8 und 10 boten sich zur Umsetzung einer genossenschaftliche Privatisierung an. Es war bekannt, dass die Eigentümerin, die Beteiligungsgesellschaft

für Immobilien (BGI), plante, ihren Wohnungsbestand in Mettenhof mittelfristig zu privatisieren, bzw. zu veräußern. Die überwiegend älteren BewohnerInnen wären zum Kauf "ihrer" Wohnungen größtenteils nicht in der Lage gewesen. Das Genossenschaftsmodell sollte ihnen die Übernahme ihrer Häuser ermöglichen.

Auf einer Mieterversammlung wurde das Genossenschaftsmodell vorgestellt. Das Land Schleswig-Holstein gewährt für die Dauer von sechs Jahren ein zinsloses Darlehen. Der Ankauf war zusätzlich mit einer Genossenschaftseinlage von 3 000 Mark je Haushalt zu finanzieren. Damit konnte erreicht werden, dass die Mieten langfristig auf gegenwärtigem Stand gehalten werden.

Die Reaktion der BewohnerInnen war zunächst verhalten. In einer anschließenden schriftlichen Umfrage, in der die konkreten Vorteile einer genossenschaftlichen Privatisierung nochmals dargestellt wurden, bekundeten allerdings schon 30 Prozent der Mieterhaushalte ihr Interesse an einer Genossenschaft. Einzelne waren sofort bereit, im Initiativkreis an der Vorbereitung einer Gründung mitzuarbeiten.

Bewohnergenossenschaft mit 90 Wohnungen gegründet

Am 29. September 1998 wurde die „Genossenschaft Esbjergweg“ gegründet. Rund 40 BewohnerInnen und 20 Förderer erklärten auf der Gründungsversammlung ihren Beitritt. Vorstand und Aufsichtsrat bestehen aus BewohnerInnen und ehrenamtlichen UnterstützerInnen der Genossenschaft. Mittlerweile sind die 90 Wohnungen am Esbjergweg in ihren Besitz übergegangen.

Im Erdgeschoss des Hauses Esbjergweg 8 wird zur Zeit eine ohnehin leerstehende Wohnung als Genossenschaftsbüro genutzt. Für das erste Jahr hat die BGI ihre Unterstützung bei der Verwaltung der Wohnungen zugesagt. Die GenossenschaftlerInnen möchten allerdings sobald

wie möglich unabhängig werden, um die Qualitäten, die die Selbstverwaltung für die BewohnerInnen mit sich bringt, auch tatsächlich spürbar zu machen. Die Eigentumsübergabe wurde im Juni mit einem großen Bewohnerfest gefeiert. Bei den Gesprächen über das Für und Wider einer Genossenschaft haben sich in den Häusern NachbarInnen kennengelernt, die sich vorher noch nie gegenseitig wahrgenommen oder ein Wort miteinander geredet hatten. Die Genossenschaft ist also auf dem besten Weg, ihr in der Satzung festgehaltenes Ziel, die „Förderung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens“, in die Tat umzusetzen. *Dipl.-Ing. Klaus Habermann-Niesse und Dipl.-Ing. Kirsten Klehn sind StadtplanerInnen in der PLANERWERKSTATT 1 Hannover und haben die GründerInnen der Genossenschaft Esbjergweg im Auftrag der BGI fachlich beraten und unterstützt.*



Bewohnerfest – Hochhaussiedlung Foto: Institut f. Wohnraumpolitik u. Stadtökologie

In eigener Sache

FREIHAUS Nr. 5 ist da – pünktlich zu den 3. Hamburger Wohnprojektagen, von denen wir hoffen, dass sie wie schon in den letzten Jahren ein voller Erfolg werden.

Neues zum Thema: Wenn zukünftige Mieterinnen und Mieter bei der Gestaltung „ihres“ Hauses mitbestimmen, wird dann der Architekt zum Bauzeichner degradiert? Oder entstehen Gebäude mit anderen Qualitäten als im normalen sozialen Wohnungsbau? Oder liegt die Qualität nicht in der Architektur, sondern in dem Prozess, wie Architektur entsteht? Das ist das Titelthema des neuen Heftes. Der Bedarf nach nachbarschaftsorien-

tierten Wohnformen steigt nicht nur in Hamburg. Deshalb werden zwei Modelle aus anderen Städten vorgestellt, in denen es um anders Wohnen geht: Frauenwohnen in Bremen und neue Nachbarschaften in Kiel-Mettenhof. Der Bericht über Mieterselbstverwaltung in den Falkenriedterrassen zeigt, dass auch in ganz normalen Wohnungsbeständen Formen aktiver Mitwirkung möglich sind und erfolgreich praktiziert werden.

Im nächsten Heft wollen wir der Frage nachgehen, was in der Zwischenzeit aus den Grundstücksangeboten geworden ist, die von der Liegenschaft im Dezember 1998 an interessierte Wohngruppen zur Überplanung anhand gegeben wurden.

Stadtpolitik *Neue Wohnformen und soziale Stadtentwicklung*

von Jens S. Dangschat

Es hat lange gedauert, bis Wohnprojekte sich durchgesetzt haben. Sie waren ursprünglich auf eine randliche Nachfrage im breiten Spektrum der Wohnungssuchenden beschränkt. Städte beginnen nun langsam, mit ihnen offensiv werbend umzugehen, was dadurch erleichtert wird, dass die Klientel breiter streut und bürgerlicher geworden ist. Welche integrativen Wirkungen gehen noch von ihnen aus?

Urbane Erlebnisgesellschaft versus sozialräumliche Polarisierung

Anfangs war die soziale Distanz zwischen Wohnungsbauträgern, Behörden und Finanzgebern zu der überwiegend anti-bürgerlichen Klientel nahezu unüberwindbar groß und es bedurfte einer umfangreichen „Übersetzer“- und Vermittler-Tätigkeit zwischen den „Fronten“. Heute ist der Kreis derer, die über Wohnprojekte ihr Lebensgefühl (er)fassen wollen, zwar breiter gestreut und umfasst insbesondere auch solche Menschen, die im üblichen öffentlich geförderten Wohnungsbau keine Bleibe finden. Daher übersteigt das Interesse in der Regel die Zahl der verfügbaren und geeigneten Grundstücke oder Objekte.

Die Fülle jüngster sozialwissenschaftlicher Interpretationen gesellschaftlicher Realität als einer hoch mobilen und flexiblen Freizeit- oder Erlebnisgesellschaft könnten die Erklärungsfolie für die zunehmende Ausdifferenzierung von Wer-

temustern und Lebensweisen abgeben. Dem widerspricht die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung nach Vermögen, Einkommen und Arbeitsplatzsicherheit sowie die wachsende Einmauerung hinter ethnischen Schranken. Die sozio-ökonomische Polarisierung und die sozio-kulturelle Heterogenisierung fordern demnach die Integrationskraft der großstädtischen Gesellschaft heraus. Aufgrund der Verräumlichung sozialer Ungleichheit sind die Lasten der gesellschaftlichen Integration sehr ungleich verteilt. Immer mehr Stadtteile sind relativ frei von benachteiligter Wohnbevölkerung, während sich Armut, soziale Problematik und unkonventionelles Verhalten in anderen Stadtteilen konzentriert. Damit lastet die gesamte Integrationsarbeit einer städtischen Gesellschaft auf den BewohnerInnen von Wohnvierteln des „unteren Drittels“, ohne dass jene dafür eine belohnende Kompensation erhielten.

Integrative Netzwerke und lokale Akteure

Wohnprojekte, die überwiegend in diesen Quartieren zum Zuge kommen, können in dreifacher Hinsicht sozial integrativ wirken:

Durch das Projekt selbst, dessen Planung und Durchführung für deren Mitglieder einen Gruppenbildungsprozess verstärkt, der eine Vereinzelung weitgehend verhindert. Je nach Ziel und Zusammensetzung kann das Zusammenwohnen und -leben

Grundlage für die individuelle Stabilisierung sein, d.h. es ist die Voraussetzung für die soziale Integrierbarkeit einzelner Personen. Viele der Wohnprojekte verfolgen für ihre Gruppe eine sehr stark sozial-integrative Zielsetzung, die zudem auf Projekte gerichtet ist, mit denen in die Nachbarschaft hinein gewirkt werden soll (Kinderbetreuung, Einzelhandel, Frauen-

projekte etc.). Da die Wohnprojekte häufig einen deutlichen Bezug zum Standort haben, sind die Mitglieder von Wohnprojekten oftmals wichtige AkteurInnen in stadtteilbezogenen Netzwerken, welche wiederum Voraussetzung von Quartiersarbeit und Beteiligungsverfahren sind. Ein dritter Aspekt bildet die Integration oftmals systemkritischer sozialer Bewegungen in das flexible System der Regulation des „lokalen Staates“. Durch die Abhängigkeit von öffentlichen Förderungen sind sowohl die Wohnmodelle selbst, als auch deren Berater, Organisatoren und Bauträger in „bedingte Freiheiten“ eingebunden. Ein kritisches Potential wird benutzt, um eine gesellschaftliche Regulation zu unterstützen, die gegenwärtig das „Aussortieren“ bestimmter sozialer Gruppen und Fertigkeiten zumindest billigend in Kauf nimmt, weil die „Sachzwänge“ der Kapitalakkumulation (Globalisierung) sie vermeintlich dazu zwingt.

Identitätsfindung statt gesamtgesellschaftlicher Integration?

Nicht nur der letzte Aspekt ist fragwürdig. Auch die mit der Konzentration auf das Stadtquartier verbundenen Strategien haben einen umstrittenen Effekt. Bei diesen Projekten werden individuell-psychologische Integrationsleistungen und eine Integration auf Quartiersebene unterstützt. Wenn beide im Widerspruch zur normativen Vorstellung des Mainstreams der Gesellschaft stehen, wird dieses entweder mit den „draussen“ vorherrschenden Wertesystemen im Widerspruch stehen oder aber die Sozialisation verläuft gebrochen. Auch wenn die Wohnprojekt-Mitglieder selbst häufig eine Nische zur Identitätsfindung anstreben, sollte zumindest deutlich werden, dass mit diesen Projekten die gesamtgesellschaftliche Integration als Zielsetzung schrittweise aufgegeben wird. Dieses ist nur dann unumstritten richtig, wenn es unrealistisch ist, dass eine gesamtgesellschaftliche Integration erreicht werden soll und kann.

Dr. Jens Dangschat ist Ordentlicher Professor für Siedlungssoziologie und Demographie an der TU-Wien

FRAUENWOHNEN *Die Bremer Beginen*

von Erika Riemer-Noltenius

Unter dem Motto „Frauen schaffen Zukunft“ arbeiten seit April 1997 engagierte Bremerinnen an der Realisierung eines Projektes, das an die mittelalterliche Tradition der Beginenkultur anknüpft.

Was sind Beginen ?

Beginen waren alleinstehende Frauen, die nicht in ein Kloster gehen wollten und für sich auch den Ehestand ablehnten. Viele der Beginen waren Witwen. Niemand kann mit Bestimmtheit sagen, woher der Name „Beginen“ stammt. Fest steht allerdings, dass sich die Beginenbewegung im 12. und 13. Jahrhundert in ganz Europa ausbreitete. Eine der Ursachen waren die vielen Kreuzzüge, die einen Frauenüberschuss verursachten. Die Beginenkultur entwickelte sich bis zur Reformation. Mit der Auflösung vieler Klöster nach der Reformation verschwanden auch die Beginenhöfe in Deutschland.

Für heutige alleinstehende Frauen ist die Wiederbelebung der Beginenkultur von großem Reiz, denn sie verbindet Unabhängigkeit und Autonomie mit der Verbundenheit in einer Gemeinschaft gleichgesinnter Frauen.

Wohnraum und Arbeitsplätze für Frauen

Das Ziel des Bremer Beginenhof-Modells ist es, Wohnraum und Arbeitsplätze für Frauen zu erstellen. Der Gemeinschaftsgedanke greift die Idee der Wahlverwandtschaft auf: Alle Beteiligten, ob jung oder alt, fühlen sich solidarisch und werden sich gegenseitig helfen und unterstützen. Mit diesem Konzept soll Einsamkeit und Isolation überwunden und eine generationsübergreifende Lebensform realisiert werden.

Ganz entscheidend für das Gelingen des Beginenprojektes ist, dass sich die Beteiligten schon vor dem Einzug kennenlernen. Um dies zu erreichen, wurden mehrere Arbeitsgruppen gebildet, in denen verschiedene Schwerpunkte behandelt werden. Außerdem werden regelmäßige Treffen veranstaltet. Allen Frauen, die an dem Beginenprojekt mitwirken, ist bewusst,

dass es sich um einen fortlaufenden Prozess handelt. Die Entwicklung einer solidarisches Lebensform wird niemals abgeschlossen sein.

Mit Gästehaus und Schwimmbad

Der Architektenentwurf, entwickelt von Alexandra Czerner, Vorsitzende des BDA im Landesverband Hamburg, sieht insgesamt vier Gebäude vor, in denen 67 Wohneinheiten errichtet werden. Die Gebäude haben in der Regel drei Etagen. Das Erdgeschoss ist für Gewerbeflächen reserviert. Existenzgründerinnen, vorwiegend aus dem Dienstleistungsbereich, können hier ein Geschäft, Büro oder eine Praxis eröffnen. Es wird ein Gästehaus und ein Schwimmbad geben, außerdem einen Kindergarten und einen großen gläsernen Wintergarten für Gemeinschaftsveranstaltungen. Alle Wohnungen werden schwellenfrei gebaut und sind mit einem Aufzug zu erreichen.

Angestrebt wird ein weitgehend autofreies Projekt. Die Bewohnerinnen werden zum größten Teil auf ein eigenes Auto verzichten. Trotzdem wird es eine Tiefgarage mit über 50 Stellplätzen geben. Auch ein Fahrradkeller ist vorgesehen. Die Verwendung umweltgerechter Baumaterialien ist selbstverständlich. Das Projekt steht in der Hardenbergstrasse/Ecke Kirchweg in der Bremer Neustadt.

Referenzprojekt für die Expo 2 000?

Das Bremer Beginenhof-Modell gilt als eine in die Zukunft gerichtete soziale Innovation und ist eine Ergänzung zu den bestehenden Familienstrukturen und Altersheimen. Die soziale Mischung der Bewohnerinnen wird angestrebt durch die Aufteilung der Wohneinheiten in Eigentumswohnungen, Mietwohnungen und öffentlich geförderten Wohnungsbau. Dieses Konzept wird von politischer Seite begrüßt, denn es entspricht den Kriterien der Agenda 21 für eine nachhaltige Entwicklung. Auch die Bundesjury der Expo 2 000 hat das Bremer Beginenhof-Modell zur Registrierung empfohlen.

Verantwortlich für die Realisierung des Projektes ist die im Februar 1999 gegründete Wohnungsbau Genossenschaft mit dem Namen Bremer „Beginenhof Wohnungsbau Kooperative“. Vorstandsmitglieder sind Dr. Erika Riemer-Noltenius und Elke Schmidt-Prestin. Ihre Aufgabe ist es, die Wirtschaftlichkeit des Projektes überzeugend darzustellen. Die Nachfrage ist so groß, dass schon vor dem ersten Spatenstich alle Wohnungen vergeben sind. Die Initiatorinnen sind davon überzeugt, dass das Beginenhof-Modell weltweit auf großes Interesse stoßen wird und geeignet ist, das Image von Bremen zu fördern.

Dr. Erika Riemer-Noltenius ist Vorstandsmitglied der Bremer Beginen Wohnungsbau Kooperative



Gruppenbild mit Damen: die Bremer Beginen

Foto: Beginen



EAT the RICH: Komisch? Kritisch? Kannibalisch?

Interkulturell *Das Mukojima-* *Japan-Haus*

von Ulrich Thormann

Seit fast zehn Jahren gibt es einen Kulturaustausch zwischen dem Stadtteil „Mukojima“ in Tokyo und dem Altonaer Stadtteil Ottensen. In diesem Zusammenhang ist eine Gruppe von Mitgliedern und Freunden des „Japanisch-Deutschen Stadteildialogs Mukojima-Ottensen“ auf eine ungewöhnliche Idee gekommen. Sie wollen in beiden Orten ein Wohn- und Kulturprojekt bauen. In Mukojima das „Ottensen-Projekt“ und in Ottensen das „Mukojima-Japan-Haus“.

Interkultureller Workshop

Eine Besonderheit des Projekts Mukojima-Haus ist der prozesshafte, interkulturelle Aufbau des Projekts, der von der gemeinsamen Idee beflügelt ist, ein „Ottensen-Haus“ in Mukojima und ein „Mukojima-Japan-Haus“ in Ottensen zu bauen. Im Oktober 1998 kamen deshalb aus Tokyo sechs japanische ArchitektInnen und Stadtplaner, eine Künstlerin und ein Kameramann, um mit der gemeinsamen Ideenfindung zu beginnen. Es gab einen viertägigen Workshop mit insgesamt 23 TeilnehmerInnen. Ungewöhnlicherweise arbeiteten in den Arbeitsgruppen Fachleute und Laien, JapanerInnen und Deutsche zusammen. Neben einem allgemeinen Programm mit den Themen japanische

Gärten, japanische Ästhetik, sozialer Wohnungsbau und Stadtplanung in Hamburg gab es drei Arbeitsgruppen: Architektur, Kreatives Schreiben und Fotografie (Leitung: Ulrich Thormann, Kerstin Hof, Stefanie Ritter). Der Workshop wurde von der Hamburger Kulturbehörde gefördert und die Ergebnisse wurden auf verschiedenen Symposien und Veranstaltungen in Japan (Tokyo, Kyoto, Osaka) vorgestellt. In Hamburg gab es hierzu eine Ausstellung im Ottenser Stadtkulturzentrum MOTTE und in der Handelskammer. Im Oktober 1999 wurde in Hamburg ein erster Projektbericht zum Ottensen-Haus in Mukojima erstellt. Im Rahmen der Biennale „Mukojima-Workshop“ soll im Mai 2000 der Ideenaustausch fortgesetzt werden.

Wohnen

Die oberen Geschosse des Mukojima Hauses sollen von einem Wohnprojekt genutzt und im Rahmen einer Finanzierung durch die Wohnungsbaukreditanstalt gebaut werden. Einige Wohngruppenmitglieder möchten ihre Wohnungen mit einem japanischen Interieur, wie zum Beispiel einem Tatami-Zimmer oder einem japanischen Bad ausstatten. Und natürlich gibt es ein großes Interesse an einem japanischen Garten. Mit diesem Projekt wollen viele Wohngruppenmitglieder die Möglichkeit, auf neue Weise das Wohnen mit dem Arbeiten und dem Kulturaustausch mit Japan zu verbinden und dieses kreativ, individuell und stadtteilbezogen miteinander gestalten.

Kultur

In den unteren Geschossen

des Mukojima-Hauses soll ein kleines Kulturzentrum entstehen, das auch von anderen Kulturinitiativen genutzt werden kann und darüber hinaus ein spezifisches japanisches Kulturangebot hat.

Die Kulturbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg hat großes Interesse an dem Projekt und würde gern einige Räume des Ryokans als „artist-residence“ dauerhaft anmieten.

Für alle Nutzungen des Kulturzentrums ist die Entwicklung eines eigenen Nutzungskonzepts, ein Bau und Finanzierungskonzept, ein Bewirtschaftungs- und Trägerkonzept erforderlich.

Dies ist angesichts der Ungewöhnlichkeit und Komplexität des Projektes eine grosse Herausforderung an die Projektgruppe.

Räume

Veranstaltungsraum für Kleinkunst, Ausstellungen etc. mit Café • Izakaja (typische japanische Eckkneipe) • Ryokan (typische japanische Pension) • Onsen (Gemeinschaftsbad) • Teehaus • Seminarraum • Bar

Standort

Obgleich die Hamburger ihre Elbe so sehr lieben, gibt es bisher am Elbufer zwischen Landungsbrücken und Neumühlen keinen Kulturraum, der den Hamburger und Ottenser Bürgern zur Verfügung steht und zum nichtkommerziellen Verweilen einlädt. Deswegen glauben wir, dass hier am Elbufer von Ottensen ein japanisch-deutsches Kulturzentrum genau richtig liegt und eine große Bereicherung für Altona und Hamburg wäre. Am geeignetsten wäre unseres Erachtens ein Grundstück am Elbberg (derzeit von der Wirtschaftsförderung der FHH für Investoren fest vergeben) oder in unmittelbarer Nähe. Das Projekt Mukojima-Haus wird hinsichtlich der Entwicklung eines Finanzierungskonzeptes von STATTBAU HAMBURG, hinsichtlich eines Bewirtschaftungskonzeptes von der LAWAETZ-STIFTUNG beraten.

Kontakt + Information: Bureau für Kulturelle Affären – BkA, Ulrich Thormann, Wincklerstrasse 4, 20459 Hamburg, Fon: 0049.(0)40.37502244, Fax: 0049.(0)40.37502246, www.kulturserver/ver.de

Genossenschaften aktuell *Belegung* *ganz anders*

von Matthias Samson

Eine Wohnung wird frei. Ein neuer Mieter wird gesucht. In der Hamburger Mietergenossenschaft Falkenried-Terrassen wirkt die Hausgemeinschaft dabei mit.

Endlich geschafft

Die Häuser in den Falkenriedterrassen - Anfang des Jahrhunderts erbaut - sollten in den 70er Jahren abgerissen und durch Neubauten ersetzt werden. Dagegen haben sich die Bewohner gewehrt. 1973 wurde ein Mieterverein gegründet mit dem Ziel, die alten Wohnbauten zu erhalten. Anfang der 90er Jahre entstand die Mietergenossenschaft und es konnte mit den Sanierungsarbeiten begonnen werden. Inzwischen sind alle Wohnungen saniert und 100 Wohnungen neu bezogen worden. Hausgemeinschaft und Genossenschaft gemeinsam regeln die Neuvermietung, wenn eine Wohnung frei wird.

Neue Nachbarn erst mal kennenlernen

Mehrmals im Jahr findet eine Mitgliederversammlung der Mietergenossenschaft statt. Jeder Neubewohner wird automatisch Genossenschaftsmitglied. Aufgrund des langen Kampfes zum Erhalt der Häuser haben sich die Terrassenbewohner entschlossen, ihre „neuen Nachbarn“ erst einmal kennenzulernen, bevor diese in eine der sanierten Wohnungen ziehen. Es sollte nicht zugehen wie auf dem "normalen" Wohnungsmarkt, wo man sich in eine Warteliste einträgt und dann irgendwann eine Wohnung zugeteilt bekommt. So sind Ideen gesammelt worden. Auf einer Mitgliederversammlung ist dann ein fest umrissenes Verfahren beschlossen worden.

Angebot aushängen und Bewerbungen auswerten

Ist eine Wohnung zu vergeben, wird diese in den Schaukästen der Genossenschaft ausgeschrieben. Größe der Wohnung, Mietpreis und Skizze der Wohnung sowie Besichtigungstermin und Bewerbungsfristen werden angegeben. Außerdem ist

ein Zettel mit den Regeln beigelegt, wie das Bewerbungsverfahren verläuft: in drei Sprachen.

Zunächst füllt die Hausgemeinschaft des Hauses, in dem die Wohnung belegt werden soll, gemeinsam einen Bogen aus. Auf diesem Bogen werden Fragen beantwortet wie zum Beispiel: Wer wohnt in diesem Haus? Gibt es Haustiere? Werden Tiere gewünscht oder abgelehnt? Nachbarschaftliches Verhältnis? Lärmverhalten? Sauberkeit im Treppenhaus?

Der Bewerber füllt einen ähnlichen Bogen aus. Er gibt Namen, Alter und Geschlecht an sowie Beruf und Familienstand. Zu den oben genannten Fragen kommt folgende hinzu: Warum möchte er/sie in den Terrassen wohnen? Diese Bögen werden vom Belegungsausschuss der Genossenschaft miteinander verglichen. Es werden drei Bewerber ausgewählt und vom Mieterbüro zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen. Alle anderen Bögen werden aus Datenschutzgründen vernichtet.

der Bewerbungsbögen und zu den Vergabebesprechungen. Pro Sichtung bzw. Vergabe treffen sich drei Mitglieder. Außerdem werden Erfahrungen und Erlebnisse ausgetauscht und es wird über Probleme diskutiert.

Am Vergabegespräch nehmen teil: Die Hausgemeinschaft, der Bewerber und drei Mitglieder des Belegungsausschusses. Jeder Bewerber erhält ein dreißigminütiges Einzelgespräch. Nachdem sich jeder vorgestellt hat, erzählt als erstes der Belegungsausschuss etwas über die Genossenschaft. Dann ist die Hausgemeinschaft an der Reihe, sich vorzustellen, über sich und das Zusammenleben zu berichten. Im Anschluss daran ist der Bewerber dran, über sich, seinen Beruf, seine Hobbies und warum er in den Terrassen wohnen möchte, Auskunft zu geben. Danach haben die Beteiligten noch die Gelegenheit, sich gegenseitig zu befragen.

Wenn alle Bewerber gegangen sind, kommt der Moment der Entscheidung. Jeder kann seine Meinung äußern, wen er gerne als Nachbarn haben würde und wen eher nicht. Hausgemeinschaft und Belegungsausschuss haben zu je 50 Prozent Stimmrecht. In der Regel gibt es eine einvernehmliche Entscheidung nach einer

intensiven Diskussion. Falls eine Entscheidung nicht zustande kommen kann, muss der Vorstand eine Lösung finden, was jedoch erst einmal vorgekommen ist. Ob das Verfahren auch in der Praxis funktioniert? Zum Nachahmen wird es wärmstens empfohlen.

Matthias Samson ist Bewohner der Falkenried-Terrassen und Mitglied im Belegungsausschuss der Mietergenossenschaft Falkenried-Terrassen e.G.



Schaufenster Falkenried

BewerberInnen anhören und auswählen

Es gibt in der Genossenschaft drei von der Mitgliederversammlung gewählte Gremien: Vorstand, Aufsichtsrat und Belegungsausschuss. Jedes Genossenschaftsmitglied hat das Recht, dafür zu kandidieren.

Der Belegungsausschuss trifft sich regelmäßig und macht Termine zur Sichtung

Entwurf des Mukojima-Japan-Hauses
des Architekten Ulrich Thormann

Neue Genossenschaft

Wohnreform 2000

von Joachim Reinig

Seit Mitte 1999 arbeitet eine Gruppe von Fachleuten an der Gründung einer neuen Genossenschaft. Das ist ein intensiver Prozess, bei dem die Erfahrungen aus 15 Jahren neuer Genossenschaftsbewegung in Hamburg berücksichtigt werden sollen. Und so blieb nicht aus, dass die Genossenschaftsgründung von diesem Jahr auf das nächste Frühjahr verschoben wurde: Aus „Wohnreform 1999“ wurde „Wohnreform 2000“ – das klingt ja auch etwas moderner.

Neue Trägerstruktur für gemeinschaftliches Bauen und Wohnen

In der Vorbereitungsgruppe sind bekannte Wohnprojekte-Entwickler: Stattdau, La-waetz-Stiftung, Mobiles Wohnen, Arche Nora, Anders Wohnen Heimfeld und einzelne Fachleute aus Projekten und Architekturbüros.

Die „Wohnreform 2000 Genossenschaft für gemeinschaftliches Bauen und Wohnen“ sieht sich in der Tradition der Wohnreformbewegung des ersten Drittels des 20sten Jahrhunderts wie auch der Häuser-selbsthilfebewegung des letzten Drittels des zwanzigsten Jahrhunderts. Als Dachgenossenschaft ist sie offen für neue Wohngruppen und neue Projektideen: Nachbarschaftliches, soziales Leben, Kinderfreundlichkeit, Respekt vor Menschen im dritten Lebensabschnitt, Integration von Minderheiten, nachhaltige Bauqualitäten für RollstuhlfahrerInnen und Menschen mit anderen Behinderungen sind Themen, denen sich die Hausgemeinschaften innerhalb der neuen Genossen-

schaft verantwortlich stellen sollten. Hierbei sind die Erfahrungen der „Schanze“ als Dachgenossenschaft sehr interessant. Diese ist stark orientiert auf die vorhandenen Projekte und gibt der Genossenschaft wenig eigenen Handlungsspielraum, zum Beispiel bei der Mobilisierung von Geldern für neue Projekte oder in der Finanzierung von umfassenden Instandsetzungen.

Neue Organe zur Stärkung genossenschaftlicher Mitbestimmung

Die „Wohnreform“ plant neben den für eine Genossenschaft normalen Organen Mitgliederversammlung, Vorstand und Aufsichtsrat, zwei weitere Organe einzurichten: die Hausgemeinschaften und die „Gemeinschaft der unversorgten Mitglieder“. Alle Interessenten und späteren BewohnerInnen bekommen Nutzungsverträge direkt mit der Dachgenossenschaft, sind aber gleichzeitig Mitglied in ihrer Hausgemeinschaft.

Eine Hausgemeinschaft ist die selbstdefinierte Wohn-Gruppe und besteht grundsätzlich aus mindestens den BewohnerInnen eines Hauseinganges. Die Hausgemeinschaft wird durch den Vorstand anerkannt, genauso wie die „Gemeinschaft der unversorgten Mitglieder“, die zum Beispiel ein Wohnprojekt vorbereitet. Investitionsentscheidungen und andere grundsätzliche und praktische Fragen werden in gemeinsamen Sitzungen mit dem Vorstand besprochen. Die Mitgliederversammlung entscheidet dann endgültig, auch im Streitfalle.

Hausgemeinschaften sind per Satzung ab-

gesichert und müssen sich nicht mehr als Vereine konstituieren, was den Gruppen einigen Aufwand erspart.

Die Rolle der Hausgemeinschaften

Die Hausgemeinschaften sollen die eigentlichen Selbstverwaltungsaufgaben wahrnehmen. Dieses können insbesondere sein:

- Auswahl neuer WohnungsnutzerInnen
- Abrechnung von Teilen der Betriebskosten
- Verwaltung eines Verfügungsfonds im Rahmen der Instandhaltungspauschale z.B. für Reparaturen im Gebäude, soweit sie nicht die Grundsubstanz betreffen.
- Hauswart und Gartenpflege
- Vertretung der Interessen der Hausgemeinschaft in den gemeinsamen Sitzungen mit dem Vorstand

Der aktuelle Stand

Wir suchen noch fachkundige und aktive Leute, die bereit sind, in der Vorbereitungsgruppe mitzuarbeiten sowie solche, die Gelder in der Genossenschaft anlegen möchten. Je mehr Leute Solidarmitglieder werden, um so leichter haben es die bisherigen Projektinitiativen, die hohe Schwelle des Eigenkapitals zu überwinden. Derzeit gibt es vier Projekte, mit denen die „Wohnreform 2000“ starten wird:

- Gemeinschaftliches Wohnen Dehnhaid mit zwei Gruppen: Ein Hauseingang für Arche Nora e.V. für Frauen im dritten Lebensabschnitt und ein Hauseingang für Mobiles Wohnen.
- Anders Wohnen Heimfeld – ein Wohnprojekt für Jung und Alt
- Al Madina in Allermöhe West – ein interkulturelles Projekt von deutschen und ausländischen Mitbürgern
- Gemeinschaftliches Wohnen an der Eidelstedter Feldmark – ein Projekt mit ökologischer Orientierung

Klaus Joachim Reinig ist Architekt und Mitglied in der Vorbereitungsgruppe der neuen Dachgenossenschaft für gemeinschaftliches Wohnen

Praxis Schröderstift – Kinder höherer Stände

von Arndt Prenzel

Es ist eines der ältesten real existierenden Wohnprojekte in Hamburg: das Schröderstift. Nach 18 Jahren hat manch einer, der damals dabei war, graue Haare. Ein Bericht.

Vor fast 150 Jahren

Das Schröderstift war zu seiner Zeit das „größte und am reichsten ausgestattete aller Hamburger Stifte“. Nach dem Großen Brand wurde Johann Heinrich Schröder kein Gelände in St. Georg zuteil. Man wies ihm das noch ländliche Areal im Papenlande nördlich der Sternschanze zu. In den Jahren 1851/1852 entstand das Schröderstift-Hauptgebäude. Dort durften „unverschuldet in Not geratene Damen höherer Stände“ einziehen. Parallel zum Bau wurde das Gebiet vor dem Dammtor erschlossen.

„Wohnstiftungen sind nicht allein unter dem Aspekt einer solidar-gemeinschaftlichen Philanthropie zu sehen, sondern als ein Instrument“ – so Michael Eissenhauer in einem Buch über Stiftungen – durch das „soziale Mobilität nach unten am Einzelschicksal korrigierend verhindert werden sollte“.

130 Jahre danach

Genau 130 Jahre später war es wieder soweit. Unverschuldet in Not geratene Kinder höherer Stände fanden Aufnahme in dem verfallenen Gebäude, das vom Studentenwerk im Auftrag der SAGA an Studiosi vermietet wurde.

Kaum jemand, der ins Schröderstift zog, war nicht organisiert. Der legendäre Kommunistische Bund Westdeutschlands hatte eine starke Basis. Doch auch die anarchistische Fraktion – falls es jemals eine Fraktion gegeben hat – war präsent, der Staatsschutz vermutete eins um andere Mal RAF-Mitglieder im Bau. Doch die verdächtigten Munitionskisten entpuppten sich lediglich als Bücherregale.

Als 1980 europaweit die „Kraker“ unterwegs waren und in Berlin Häuser besetzt wurden, schlug im Schröderstift die Stunde der Mieterselbstverwaltung. Die SAGA wollte das Gebäude abreißen lassen. Der Protest war gewaltig. Unisono schlugen Architektenkammer, Denkmalschüt-

zer, Historiker und Kraker Alarm. Die Bewohner forderten neue Gutachten und bestürmten die Politiker im Bezirksamt und Rathaus. Dort zeigte man sich beeindruckt. Mutig ebnete die damalige Bezirksamtsleiterin Ingrid Nümann-Seidewinkel den Weg. Bürgermeister Klaus von Dohnanyi ließ sich auf der legendären „Matratzenkonferenz“ vorrechnen, dass der Erhalt billiger als der Abriss sei. In den Jahren danach waren die Mieter mit der Instandsetzung der Gebäude beschäftigt. Für das kleinste Detail wurden Stunden aufgebracht. Die Diskussionslust war ungebrochen. Die wöchentliche Debatte wurde bis in die 90er Jahre fortgesetzt. Nach wie vor galt: 100 Bewohner – 1 000 Meinungen.

Freundschaften, Fraktionen, Feindschaften

Der Weg der Bewohner war und ist unterschiedlich. Während der eine beschloss, Bundesfilmpreisträger zu werden (und dies auch wurde), legte sich der nächste in die soziale Hängematte. Viele Studiosi wechselten durch die Instandsetzungsarbeit beinahe zwangsläufig ins Baugewerbe, manche blieben Student. Das Konglomerat an sehr verschiedenen Menschen funktioniert wie andere Gemeinwesen auch. Es gibt Freundschaften, Fraktionen, Feindschaften und Vollversammlungen. Hier wird mittlerweile professioneller debattiert. Auch ist dem Vorstand im Laufe

der Jahre ein Mehr an Arbeit, Aufgaben und Verantwortung zugewachsen.

Haus der Generationen

In Streitfällen geht es um die Autonomie der „Häuser“. Jedem Hauseingang sind automatisch Wohnungen zugeordnet – daraus ergibt sich die Hausgemeinschaft. Familien sind entstanden, die Zahl der Kinder ist groß und die Generation der hier aufgewachsenen „Kids“ beansprucht Raum. Dennoch kommen immer wieder neue Leute ins Stift. Nach wie vor gibt es Aktivitäten wie eine „Stifts-Zeitung“. Die „Kids“ laden zum sonntäglichen „Café Caramba“.

Auf dem Sommerfest ist „Treffen“ angesagt. Dann kommen nicht nur die Uraltstiftler und lassen sich an den grauen Haaren ziehen. Auch die Nachbarn und Freunde aus dem Stadtteil sind dabei. Nach vielen kulturellen Ereignissen – von Circus Roncalli bis zum turbogeilen Himmelszelt – ist es etwas ruhiger geworden. Politisch engagiert sind heute eher wenige. Der Erhalt des Gebäudes wird die Schröderstiftler auch im nächsten Jahrtausend beschäftigen. Und bald ist das Stift dann wieder das, was es einmal war: Ein Haus der Generationen. Gerade gab es wieder einen „Kindersegnen“... womit die Kinder und Jugendlichen ein Viertel der Bewohnerschaft stellen.

Arndt Prenzel ist Journalist und Bewohner des Schröderstifts seit 1976.



Grundsteinlegung Wohnprojekte Saarlandstraße: mit Kind und Kegel



Alle Jahre wieder: Sommerfest auf der Wiese

Foto: Prenzel

Im Gespräch *PROWO* – Neues Netzwerk in Hamburg

von Fried Lilleike und Ulrike Petersen

Viele neue Wohnprojekte entstehen zur Zeit in Hamburg. Immer sind ähnliche Aufgabenstellungen zu lösen. Da trifft es sich gut, dass sich seit Anfang des Jahres ein neues Netzwerk gegründet hat. NeueinsteigerInnen und BewohnerInnen vorhandener Projekte tauschen sich aus und formulieren gemeinsame Interessen. PROWO wurde 1999 gegründet, um das Zusammenwirken bestehender und geplanter Wohnprojekte zu fördern. PROWO, in dem sich vor allem Wohnprojektbeteiligte engagieren, will in der Öffentlichkeit auf die Vorteile des gemeinschaftlichen Wohnens aufmerksam machen. In einem Gespräch informieren zwei, die von Anfang an dabei sind, über die Ziele und die Arbeit von PROWO.

Von Erfahrungen anderer profitieren

Ulrike: Auf dem „Neubauplenum“ trafen sich bis Mitte der 90er Jahre Wohninitiativen und Projektbewohner zum Informationsaustausch und starteten gemeinsam Aktionen in der Öffentlichkeit. Nach dem Auseinanderfallen gab's eine Lücke im Netzwerk. Ich finde es positiv, dass es nun mit PROWO einen Neuanfang gibt. Übrigens: Die Lawaetz-Stiftung gibt PROWO eine Starthilfe und übernimmt für's Erste die Verschickung der Einladungen und Protokolle.

Fried: Ich möchte mehr über gemeinsames Wohnen wissen und hören, wie andere Gruppen ihre Projekte organisiert haben.

Ich bin im Parkhaus-Projekt aktiv, das soll eine Hausgemeinschaft mit Blick auf St.Pauli-Süd und die Elbe werden. Dort arbeite ich in der Architekturgruppe mit und deswegen fand ich das PROWO-Treffen interessant, auf dem wir zusammen mit dem Architekten die Baustelle des autofreien Wohnprojektes in der Saarlandstraße besichtigt haben.

Andere Projekte kennenlernen

Ulrike: Spannend an den Treffen finde ich

den Austausch zwischen Menschen, die schon lange in Wohnprojekten leben und denjenigen, die die Projektentwicklung noch vor sich haben. Gerade am Anfang gibt es viele Fragen, die zu klären sind. PROWO hat sich ja auch zum Ziel gemacht, Hinweise zur Finanzierung, zur Grundstücksfindung oder zur Gruppendynamik zu geben.

Fried: Ich finde es gut, dass die PROWO-Treffen immer in anderen Wohnprojekten oder Institutionen stattfinden. Zum Beispiel waren wir zu Gast bei der Lawaetz-Stiftung und bei den Grauen Pantheren in St.Georg. Auf diese Weise kriegt man Einblick in die Projekte und Organisationen. Das Pantherhaus, in dem du wohnst, existiert ja schon seit mehr als zehn Jahren. Warum ist aus deiner Sicht ein Zusammenwirken der Wohngruppen sinnvoll?

Öffentlichkeit für Wohnprojekte herstellen

Ulrike: Die Geschichte vom Pantherhaus



Moderne Zeiten

ist mindestens zwanzig Jahre alt. Damals zählten auch wir noch zu den Exoten mit unseren Wohnideen und es war gut, Verbündete zu haben. Inzwischen ist die Nachfrage nach gemeinschaftlichem Wohnen enorm gewachsen. Aber zugleich mangelt es noch immer an der Akzeptanz und an den Realisierungschancen neuer Wohnideen.

Fried: Aus eigener Erfahrung weiss ich inzwischen, welche Hürden einem Projekt bevorstehen und dass es wichtig ist, dass auch die Behörden und die Politiker noch stärker gefordert werden. PROWO sollte mit dazu beitragen, die rot-grüne Regierung in Hamburg an ihre eigenen Koalitionsvereinbarungen zu erinnern.

Ulrike: Genau. Ich finde es wichtig, dass auch diejenigen, die zusammen wohnen wollen, mehr Einfluss auf die Rahmenbedingungen, auf die Vergabe von Grundstücken oder die Förderkonditionen nehmen und mit den Politikern im Gespräch bleiben. Auf der einen Seite gibt es Institutionen, wie Stattbau oder Lawaetz-Stiftung oder die neue Arbeitsgemeinschaft der „Projekt-Architekten“, die sich für die Vervielfältigung der Wohnprojekte einsetzen. Aber das reicht nicht. Die Projekte selbst sollten stärker in der Öffentlichkeit präsent sein.

Fried: Inzwischen gibt es ein erstes Infopapier, in dem die Ziele von PROWO nachzulesen sind. Für Neueinsteiger finde ich übrigens die Adressensammlung auf diesem Papier gut.

PROWO trifft sich jeden 5. Montag im Monat, immer um 19 Uhr.

Die nächsten Termine sind: 29. November 1999; 31. Januar 2000; 29. Mai 2000; 31. Juli 2000 und 30. Oktober 2000.

Ort: zu erfragen unter Tel.: 24 80 96

Kontakt: Ulrike Petersen

Fried Lilleike ist zukünftiger Bewohner des Parkhauses am Pinnaßberg und Ulrike Petersen ist Bewohnerin des Pantherhauses in der Lerchenstraße

Eidelstedt *Die Erben vom Bauern Langeloh*

von Tobias Behrens

Seit den 80er Jahren für Wohnungsbau vorgesehen: die Wiesen und Weiden von Bauer Langeloh aus Eidelstedt. Immer noch ist nichts passiert. Jetzt soll es ernst werden - auch für Wohnprojekte.

Der Langeloh-Hof wird teuer gekauft

Der Bebauungsplan (B-Plan) Eidelstedt 31, der die Bebauung zwischen der Kieler Straße und Autobahn der sogenannten Eidelstedter Feldmark regeln soll, ist seit vielen Jahren ein Streitpunkt zwischen Stadtteil, Bezirk und Stadtreinigung. Die Stadt hatte Ende der 80er Jahre dem Landwirt Langeloh die ehemalige landwirtschaftlich genutzten Flächen um den Langelohschen Hof für teures Geld abgekauft, um sie als Bauland planerisch auszuweisen und danach größtenteils für Einfamilien- und Reihenhausbebauung weiter zu veräußern. Gegen diese Pläne gab es sofort Proteste aus dem Stadtteil, da die Bebauung sehr viel ökologisch wertvolle Flächen verbraucht hätte.

Anfang der neunziger Jahre änderte sich der Wohnungsmarkt in Hamburg. Es gab einen großen Wohnungsbedarf und die Überlegungen zur Bebauung liefen nun auf Geschosswohnungsbau hinaus. Aber die Abstimmungen zwischen Bezirk und Stadt verliefen sehr schleppend. Es wurde keine Einigung gefunden.

Schreckensvision auf dem Tisch

Unstrittig war schließlich nach jahrelangen Protesten der Eidelstedter Bevölkerung, dass der Langeloh-Hof, als letztes Relikt der ländlichen Vergangenheit Eidelstedts erhalten bleibt. Die Wohnungsbaugenossenschaft Schanze e. G. entwickelte mit STATTBAU zusammen ein Umbaukonzept. Das sah den Erhalt und die Nutzung des gesamten Hofes für Wohnzwecke mit Förderung der Wohnungsbaukreditanstalt und der STEB vor. Außerdem wurde auf dem Grundstück noch ein Neubau mit acht Wohnungen erstellt.

Wegen gravierender Differenzen bei der Beurteilung von Lärmschutzfragen kam

es zum offenen Konflikt zwischen Bezirk und Stadtentwicklungsbehörde. Der Bezirk stellte die weitere Arbeit an dem B-Plan-Verfahren ein. Dies wiederum akzeptierte der Senat nicht und zog die Zuständigkeit an sich, obwohl eigentlich der Bezirk zuständig gewesen wäre.

Die STEB legte nun einen eigenen Entwurf vor, der streng nach Lärmschutzgesichtspunkten geplant war und im Bezirk auf helles Entsetzen stieß. Diese, in der örtlichen Presse als „Schreckensvision“ benannte Planung, schien aber allen Beteiligten - außer der STEB - als vor Ort nicht durchsetzbar.

1998 legten dann einige der großen Hamburger Wohnungsbaugenossenschaften, zusammengeschlossen in der BDS Entwicklungsgesellschaft, einen städtebaulichen Entwurf vor, der eine Bebauung der Feldmark vorsah, Lärmschutzaspekte berücksichtigte und in seinen Ausmaßen deutlich unter den Vorgaben der Finanzbehörde blieb. Außerdem sollte ein neues Fördermodell angewendet werden und unter genossenschaftlichem Dach nachbarschaftliche Wohnformen entstehen.

Wohnungsbau und gemeinschaftliches Wohnen

Vorangetrieben von der Eidelstedter Bürgerinitiative „Rettet die Eidelstedter Feldmark“ wurden Forderungen nach weitgehendem Erhalt der Feldmark, ökologisch verträglicher Bauweise und

Flächen für Wohnprojekte aufgestellt. Den Bezirkspolitikern von der GAL und SPD gelang es, alle Beteiligten (Behörden, Verwaltung, Architekten, Bauträger, Bezirksfraktionen, Naturschützer, Bürgerinitiativen, STATTBAU) zu einem Planungsworkshop zu verpflichten. In zwei Sitzungen gelang es dann, einen konsensfähigen Vorschlag zu entwickeln.

Dieser hat folgende Eckpunkte:

- die zu bebauende Fläche beschränkt sich auf den Bereich westlich der Eidelstedter Dorfstraße (ehemalige Fläche des Campingplatzes)
- der Bereich hinter dem Langeloh-Hof wird für „gemeinschaftliches Wohnen in der Eidelstedter Feldmark“ und damit für Wohnprojekte reserviert
- die Bebauungsdichte wird reduziert und die Eidelstedter Feldmark bleibt damit größtenteils als Grünzug erhalten

Ab Mitte 2000 soll der B-Plan genehmigt werden, und die Liegenschaft wird die Vergabe der Grundstück vornehmen. Interessierte Gruppen können sich an die Wohnreform 2000 e. G. c/o STATTBAU wenden, die ihre Bewerbung für die Anhandgabe aus dem Jahr 1995 aufrechterhält und ein Wohnprojekt mit vielen Hausgemeinschaften realisieren will. *Dr. Tobias Behrens ist Geschäftsführer der STATTBAU und begleitet die Entwicklung in der Eidelstedter Feldmark seit Anfang der 90er Jahre.*



Wohnen im umgebauten Langelohhof

Foto: Ugur

Tipps Nr. 3 *Ohne Moos nix los*

von Josef Bura

Die Wohnung ist schön, die Wohngegend stimmt – aber die Nachbarschaft funktioniert nicht. Das kann im Alltag nervig werden. Viele suchen dazu eine Alternative. Zusammenwohnen mit Menschen, die man mag: Wohngruppen-Projekte. Tipps für EinsteigerInnen, 3. Teil, diesmal Thema: das liebe Geld.

Die besten Ideen allein reichen nicht

Heute Wohnraum zu bauen, kostet eine schöne Stange Geld. Im öffentlich geförderten Wohnungsbau rund 3 400 Mark pro Quadratmeter Wohnfläche. Und das auch nur dann, wenn das Grundstück preiswert erworben worden ist und im Rahmen der förderfähigen Kosten liegt. Um also eine 60 Quadratmeterwohnung zu erstellen, müssen 204 000 Mark auf den Tisch gelegt werden. Kaum jemand hat soviel Geld im Sparstrumpf. Jedenfalls nicht die Leute, die gerne nachbarschaftlich zusammenwohnen wollen.

Eigentum oder Miete

Ohne staatliche Hilfe läuft gar nichts beim Bauen von Wohnungen und Häusern. Die einen setzen auf Steuervorteile, wenn sie sich ein Eigenheim bauen. Dabei ist der Staat bei einer vierköpfigen Familie nach dem Eigenheimzulagengesetz mit 64 000 Mark dabei: in Form von ersparten Steuern über acht Jahre. Das ist ein schöner Zu-

schuss für die Eigentumsförderung.

Große Bauträger aber auch die meisten Wohnprojekte, bauen im öffentlich geförderten Wohnungsbau Sozialbau-Wohnungen. Die Mieten der Wohnungen im sozialen Wohnungsbau werden von der Kostermiete auf eine sogenannte Zielmiete heruntersubventioniert. In Hamburg liegt diese zur Zeit bei 9,90 Mark pro Quadratmeter im ersten Förderweg und erhöht sich jährlich nach Bezug um 0,30 Mark pro Quadratmeter.

Im Gegenzug gelten für die geförderten Mietwohnungen Belegungsbindungen. Es darf nur einziehen, wer einen Paragraph-Fünf-Schein vorlegen kann. Den bekommt jeder, der mit seinem Einkommen innerhalb von festgelegten Grenzen liegt. Zusätzlich behält sich die Stadt vor, einen Teil der Wohnungen über das Wohnungsamt zu belegen. Und es werden maximale Wohnungsgrößen als Belegungsrichtlinien vorgegeben.

Wohnprojekte werden in Hamburg nicht mehr nach dem ersten Förderweg gefördert, sondern auf dem Wege der vereinbarten Förderung nach § 88 d II. Wohnungsbauengesetz. Das erweitert die Gestaltungsspielräume der Förderung erheblich und lässt es vor allem zu, dass auch Haushalte gefördert werden können, deren Einkommen über den Grenzen des Paragraph Fünf-Scheines liegt. Diese flexible Förderung ist aus zwei Gründen besonders wichtig. Erstens sucht

man sich die Menschen, mit denen man zusammenleben will, nicht danach aus, wie wenig sie verdienen und zweitens ist es gar nicht so schlecht, wenn es in einem Wohnprojekt auch Personen gibt, die etwas mehr auf der Kante haben. Denn da ist ja auch noch das leidige Problem mit dem Eigengeld.

Das Problem mit dem Eigengeld

Bei jeder Baufinanzierung spielt Eigengeld eine wesentliche Rolle. So auch bei der Finanzierung von Wohnprojekten. In **FREIHAUS Nr. 4** hat die Baubehörde die aktuellen Rahmenbedingungen der Förderung von Wohnprojekten dargestellt. Diese gelten weiterhin. Danach sind in der Regel 20 Prozent der Baukosten in Form von Eigengeld aufzubringen.

Unter bestimmten Bedingungen kann dieser Eigengeldanteil auf 430 Mark pro Quadratmeter gesenkt werden: Wenn mindestens 40 Prozent der Wohnfläche mit Haushalten belegt wird, die Paragraph-Fünf-Schein-Inhaber sind und die Mitglieder neben der Miete das fehlende Eigenkapital über eine erhöhte Tilgungsleistung gegenüber der Wohnungsbaukreditanstalt nachsparen. Für die besagte 60 Quadratmeter-Wohnung ist also ein Betrag aufzubringen, der entweder bei rund 41 000 oder bei circa 26 000 Mark liegt.

Wohnungsbaugesellschaften fällt das Aufbringen des Eigenkapitals nicht so schwer, Wohngruppen schon. Denn vor Baubeginn muss der Eigenanteil als Bestandteil der Gesamtfinanzierung nachgewiesen werden. Dafür müssen die Sparstrümpfe, soweit vorhanden, geplündert und meist auch auf Hilfe von Verwandten und Freunden zurückgegriffen werden. Auch mit Leihgemeinschaften kann fehlendes Eigenkapital ersetzt werden.

Auf jeden Fall ist das Eigenkapital-Problem eine große Hürde, die der Verbreitung von nachbarschaftsorientierten Wohnformen im Wege steht. Alternativen zur heute vorherrschenden Praxis – wie zum Beispiel das Stiftungsmodell – sollten im politischen Raum endlich angepackt werden.

Dr. Josef Bura ist Mitarbeiter der STATTBAU HAMBURG GmbH



Auf der Flucht ...

FREIHAUS *Nachgefragt*

200 Wohnungen in Hamburg für Wohnprojekte im Jahr?

Die halbe Legislaturperiode ist um. Was wird aus den 200 Wohneinheiten für Wohnprojekte im Jahr, die 1997 zwischen den rot-grünen Koalitionspartnern in Hamburg vereinbart worden waren? Vor einem Jahr wurde die Initiative der Liegenschaft, Grundstücke anzubieten, als „kleine Götterdämmerung für Wohnprojekte“ und als große Hoffnung auf bessere Zeiten begrüßt. Auch wenn man berücksichtigt, dass das Bauen von Wohnraum unter großstädtischen Bedingungen einen langen Vorlauf hat, ist die Bilanz ernüchternd. Es ist kein Aufschwung für Wohnprojekte erkennbar. 200 Wohneinheiten pro Jahr sind in dieser Legislaturperiode nicht zu erreichen, wenn's so weitergeht

wie bisher. **FREIHAUS** wird im nächsten Heft eine Zwischenbilanz ziehen und den aktuellen Stand referieren.

Stiftung für nachbarschaftliches Wohnen?

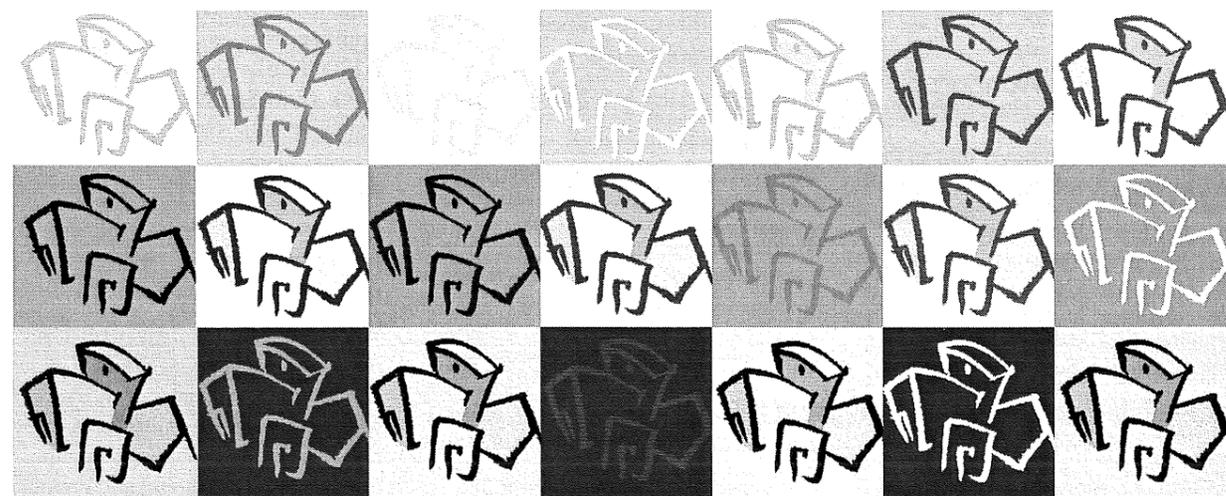
Auch das ist ein Entwicklungsauftrag aus der Koalitionsvereinbarung vor zwei Jahren: die Einrichtung einer Stiftung für nachbarschaftsorientiertes Wohnen zu prüfen. Prüfungsauftrag an die Baubehörde. Was ist bislang geschehen? Soweit erkennbar, nichts. Dabei wäre eine Trägerstruktur, die städtischen Grund und Boden für Wohnprojekte bereithält und in städtischem Besitz läßt, vor allem eine Chance für solche NachfragerInnen nach Wohnprojekten, die keine nennenswerten Eigenmittel aktivieren können. Was also

sind Koalitionsvereinbarungen wert, wenn sich kein Schwein drum kümmert?

Wohnprojekte für Migrantenfamilien auch in Hamburg?

Das Thema ist längst überfällig. In **FREIHAUS 4** wurde über ein Modell in Hannover berichtet. Dort erstellt eine Immobiliengesellschaft auf dem Gelände der Expo-Siedlung eine Wohnanlage, die muslimische Migrantenfamilien anspricht, ihre religiösen und kulturellen Wertorientierungen und sozialen Bedarfe in die Planungen einbezieht. Sowas brauchen wir auch in Hamburg. Wohnreform 2 000 und STATTBAU arbeiten an einem Modell. MitmacherInnen sind gesucht. Kontakt: STATTBAU 040/432 942-0.

Willkommen!



GEMEINSAM BAUEN – MITEINANDER WOHNEN

Freitag, 19. November und Samstag, 20. November 1999 in der HWP

3. Hamburger Wohnprojekte-Tage

Service *Veranstaltungen*

■ ■ ■ Graue Panther Hamburg e.V.

in Kooperation mit Forum Bürgerinnen- und Bürgerbewegung e.V. / AK Wohn-Konzept

Veranstaltungsreihe: Vom Wohnraum ... zum Wohnraum – 2000.

Ort und Uhrzeit der Abendveranstaltungen: jeweils 19 bis 21 Uhr im Treffpunkt St. Georg, Zimmerpforte 8, 20099 Hamburg Tel./Fax 248 096. Kostenbeitrag: fünf Mark

„Wohnprojekte für das 3. Jahrtausend gerüstet?“

Diskussion mit Politikern nach über zwei Jahren rot-grün in Hamburg. Montag 24. Januar 2000

„Atriumhäuser – früher und heute“

Informationen zur Gemeinschaft rund um den Innenhof, Montag 6. März 2000

„Ein Dach für alle?“

Dachgenossenschaften für neue Wohnformen stellen sich vor, Montag, 8. Mai 2000

„EXPO 2000 und Wohngruppen-Projekte“

Informationen aus Hannover und zu Projekten, Montag, 3. Juli 2000

„Von der Beratung bis zur Buchführung/ Dienstleistung für Wohngruppenprojekte“

Information und kritische Bestandsaufnahme, Montag, 4. September 2000

„Lotto spielen oder wie?“

Finanzierung von gemeinschaftlichen Wohnformen, Montag, 6. November 2000

Projektrundgang in Hamburg-Altona:

Begehung der „Zeise-Wiesen“ und Besichtigung zweier Projekte. Samstag 24. Juni 2000. Bitte vorher anmelden. Tel./ Fax: 648 09 70 Kostenbeitrag fünf Mark

■ ■ ■ ABC Bildungs- und Tagungszentrum

Bauernreihe 1, 21 706 Drochtersen-Hüll, Tel.: 04775/259

Statt Träumen – alternativ wohnen: Wie gründe ich ein Wohnprojekt?

22. bis 26. November 1999

Dieses Seminar ist für Menschen gedacht, die bereits wissen: „So will ich wohnen! Ich will mit anderen Menschen nicht nur belanglos Tür an Tür leben, sondern will im Kontakt mit ihnen sein, in meinem/ unserem Wohnraum selbstverwaltet und selbstbestimmt.“ In Zusammenarbeit mit STATTBAUHAMBURG werden wir Organisationsstrukturen, Eigentumsrechte, Finanzfragen und kollektives Leben beleuchten und dabei auch einige historische Vorbilder zu Rate ziehen. Leitung: Rita Kreis, Kerstin Schumann, Preis 150 Mark, als Bildungsurlaub beantragt. Anmeldung im ABC Bildungs- und Tagungszentrum.

■ ■ ■ Politisches Bildungswerk Umdenken e.V.

Max-Brauer-Allee 116, 22765 Hamburg, Tel.: 389 52 70

Gemeinschaftliches Wohnen in Hamburg.

Wochenendseminar: Informationen und Erfahrungen aus der Praxis – ein Seminar für NeueinsteigerInnen vom 24. bis 26. März 2000

■ ■ ■ Raum für Frauen, Eltern und Kinder Abraxa e.V.

Eulenstrasse 20, 22765 Hamburg, Tel.: 390 93 58

Wohnen und Leben mit Kindern

Informationsveranstaltung, 28. Februar 2000, 20 Uhr. Preis: 15 Mark/10 Mark ermäßigt. Achtung: Abraxa zieht Anfang nächsten Jahres um.

■ ■ ■ Volkshochschule Hamburg

Informationen in allen Geschäftsstellen und unter Tel.: 42841-2752/-53

Selbst ist die Frau – Arbeiten mit Holz

In der gut ausgestatteten Frauentischlerei der „autonomen jugendwerkstätten“ in Altona bauen Sie sich unter fachkundiger Anleitung ein Möbelstück nach eigenem Entwurf, zum Beispiel einen kleinen Tisch oder ein Regal.

W 27202 Christine Roser DM 148, Vorbesprechung: Mo., 20. März 2000, Ort: Altona, ajw-Frauentischlerei, Gausstr. 89, gegenüber Nr. 146/148

Neue Wohn- und Lebensformen für Frauen – auch im Alter

Alleinlebende Frauen ab 40, 50, 60 und darüber befassen sich mit ihrem „Single-Dasein“ und der Planung ihres dritten Lebensabschnitts. Sie wollen selbständig bleiben, aber nicht allein. In diesem Kurs lernen Sie die Möglichkeiten der Realisierung kennen.

A12008 Erika Dräger, Hanna Kottas, 40 Mark (Info-Samstag 19. Februar 2000, sieben Termine. Ort: Farmsen, VHS-Haus Berner Heerweg 183 Wandsbek, Matthias-Claudius-Gymnasium, Witthöftstr. 8

Immobilien kaufen statt mieten?

Wer sich mit dem Gedanken trägt, zukünftig in den eigenen vier Wänden zu leben, kann sich hier informieren und den Dialog mit den Finanzierungsinstituten vorbereiten. Es geht um: Wohnungssituation, Verhältnis von Eigenkapital und Fremdkapital, Objektwahl und Bewertung, Nebenkosten, Steuervorteile, Finanzierungsvarianten, Tragbarkeitsrechnung, Risiken.

1410M01 Sven Engels, 84 Mark, Beginn: 22. November 1999, vier Termine. Ort: Gedenk- und Bildungsstätte, Dr. Alberto-Jonas-Haus, Karolinenstr. 35
1410M04 Sven Engels, 105 Mark

Service *Veranstaltungen*

zwei Termine. Beginn 26. Februar 2000, Ort: Hamburger Volkshochschule, Schanzenstraße 75

Ich will anders wohnen! Modelle alternativer Wohnformen

Suchen Sie eine Alternative zur üblichen Miet- oder Eigentumswohnung oder dem Häuschen am Stadtrand? Wir werden unsere Wohnsehnsüchte erforschen und hinterfragen und andere Wohn- und Eigentumsformen kennenlernen. Dazu gibt es eine Menge Anregungen und Adressen, um erste Schritte in Richtung auf ein anderes Wohnen tun zu können.

1530M03 Rita Kreis 90 Mark
Beginn: 6. bis 10. Dezember 1999, fünf Termine. Ort: Hamburger Volkshochschule, Schanzenstrasse 75 Dieser Kurs ist als Bildungsurlaub anerkannt.

Anders wohnen ist möglich – Modelle alternativer Wohnformen in Hamburg-Nord

Suchen Sie eine Alternative zur üblichen Miet- und Eigentumswohnung oder dem Häuschen am Stadtrand? Wollen Sie gern in einer selbstgewählten Hausgemeinschaft leben? Wollen Sie nicht nur über ökologische Ansprüche diskutieren, sondern Sie auch praktizieren? An diesem Wochenende erhalten Sie viele Anregungen und Informationen für Ihre eigenen Pläne, u.a. durch den Besuch der Kleingewerkschaft Wendebek e. G. in Barmbek-Nord und der Siedlung „Autofreies Wohnen“ an der Saarlandstrasse.

N 14501 Kerstin Schumann 50 Mark
Beginn: Freitag 31. März 2000, drei Termine. Ort: Barmbek, VHS-Haus, Wiesen-damm 22 b

Feng Shui 1 – Fluss des Chi

Feng Shui ist eine Raumharmonielehre aus der chinesischen Tradition. Am Beispiel der eigenen Wohnung erleben Sie den Zusammenhang zwischen Yin und Yang und erhalten Anregungen, wie Sie diese beiden Pole in Balance bringen können. Sie lernen die traditionellen Feng-

Shui-Hilfsmittel kennen, wie sie wirken und wie sie im Haus, in der Wohnung oder auch im Büro angewandt werden können. Am Beispiel des Schlafplatzes erfahren Sie, wie der Fluss der Lebensenergie optimiert werden kann. Bitte bringen Sie einen Grundriss Ihrer Wohnung mit.
1410M06 Dev Dockendorf 80 Mark, Beginn: Samstag, 20. Mai 2000, zwei Termine Ort: Hamburger Volkshochschule, Schanzenstraße 75

Feng Shui 2 – Wohnraumgestaltung mit den Fünf Elementen

Aus den Einflüssen von Farben, Formen und Materialien in Wohnräumen lässt sich das System der fünf Elemente entwickeln. Sie erfahren, welcher Elementtyp Sie sind, bzw. welche Elemente in Ihrem Leben vorherrschen. Anhand der Einflüsse der Elemente auf Ihren Körper, Ihre Gefühle und Ihr Verhalten erhalten Sie Anregungen, wie Sie Ihre Umgebung harmonisieren können, damit sie das Familienleben unterstützt, am Arbeitsplatz das konstruktive Miteinander fördert und Ihren

Massivholz-Dielen: Ein schönes Stück Natur im Raum.

Ein Dielenboden aus Holz bringt eine wohlige und natürliche Atmosphäre in Ihre Räumlichkeiten. Sein lebendiger, individueller Charakter macht jeden Dielenboden zum Unikat. Dabei ist er robust und pflegeleicht. Mordhorst führt Hobeldielen in vielzähligen Holzarten wie z. B. Fichte, Kiefer, Redpine, Ahorn, Buche, Esche und Eiche, sogar in Pitchpine, dem Hamburger Klassiker. Variabel in Stärke, Breite und Länge finden sicher auch Sie Ihren Dielenboden für's Leben.

Fragen Sie uns. Wir beraten Sie gerne in allen „Holzfragen“.

Mordhorst Mordhorst
H O L Z F A C H H A N D E L B A U B I O L O G I S C H E R F A C H H A N D E L
KIELER STRASSE 367 · 22525 HAMBURG KELLERBLEEK 10A · 22529 HAMBURG
RUF 040/54 54 29 · FAX 040/540 18 09 RUF 040/553 30 38 · FAX 040/553 81 37
www.mordhorst-hamburg.de

Typ optimal nährt. Bitte bringen Sie einen Grundriss Ihrer Wohnung mit.
1410M07 Dev Dockendorf, Anke Gräpel 124 Mark, Beginn: Samstag, 17. Juni 2000, zwei Termine. Ort: Hamburger Volkshochschule, Schanzenstr. 15

Feng Shui 3 – Reichtum, Glück und Partnerschaft

Das Innere einer Wohnung bzw. eines Hauses kann in neun Bereiche eingeteilt werden. Jeder Bereich steht für ein Lebensthema, das unser Leben beeinflusst, alle gemeinsam nennt man Bagua. Anhand der Lebensthemen des Bagua lernen Sie, Ihren Wohnungsgrundriss zu entschlüsseln und erhalten Anregungen, wie beispielsweise die Lebensthemen Reichtum, Glück und Partnerschaft positiv stimuliert werden können und dadurch Orte der Kraft entstehen. Voraussetzung: Feng Shui 1. Bitte mitbringen: Grundriss, Taschenrechner, Lineal, Overheadfolie.
1410M08 Dev Dockendorf, Anke Gräpel 80 Mark Beginn: Samstag, 1. Juli 2000, zwei Termine, Ort: Hamburger Volkshochschule, Schanzenstr. 15

Anzeige

■■■ STATTBAU HAMBURG

Neuer Kamp 25, 20 359 Hamburg, Tel.: 040/432 942-0 Allgemeine Beratung für alle Wohngruppeninteressierten: jeden ersten Freitag im Monat 14 bis 16 Uhr bei STATTBAU. Telefonische Anmeldung erwünscht

■■■ WGJA: Wohngemeinschaft Jung und Alt e.V.

Beim Schlump 55, 20144 Hamburg, Tel.: 040/413 502 55; INFO-Treff: jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr in der Kneipe „Geo 53“, Beim Schlump 53, 20 144 Hamburg

■■■ Verein autofreies Wohnen e.V.

Volkmanstraße 5, 22083 Hamburg, Sprechzeiten mittwochs von 9 bis 16.30 Uhr unter Tel.: 040/270 980 540

■■■ Arche Nora - Frauenwohnprojekt

c/o Gerda Hallberg Tel./Fax: 220 28 45 und Erika Dräger Tel./Fax: 299 14 00 Treff jeden 1. Mittwoch im Monat um 18,30 Uhr Kulturverein Dehnhaide, Vogelweide 20b

■■■ Die Hamburger Infobörse gemeinschaftliches Wohnen

ist eine Datenbank, die InteressentInnen für Wohnprojekte aufnimmt ebenso wie AnbieterInnen von Wohnungen aus Wohnprojekten. Interessant für alle, die Gleichgesinnte zum Umsetzen von nachbarschaftlichen Wohnformen suchen, aber nicht wissen wie. Hamburger Infobörse gemeinschaftliches Wohnen, c/o Graue Panther Hamburg e.V., Zimmerpforte 8, 20099 Hamburg, Tel.: 040-24 80 96

■■■ Wohnprojekte im Teletext

Informations- und Suchanzeigen zum selbstbestimmten Wohnen im Alter in Form von Wohn- bzw. Hausgemeinschaften über Teletext des Stadtsenders HH1: Ab Teletextseite 729 werden Kleinanzeigen und ab 735 Projekte von Wohnungsunternehmen im Seniorentext vorgestellt. Projekt im Aufbau.

■■■ ProWo - Netzwerk Hamburger Wohnprojekte

Zahlreiche gemeinschaftliche Wohnprojekte und interessierte Einzelpersonen haben sich zu einem Netzwerk zusammengeschlossen. ProWo trifft sich jeden

5. Montag im Monat immer um 19.00 Uhr: am 29. November 1999, am 31. Januar 2 000, am 29. Mai 2 000, am 31. Juli 2 000 und am 30. Oktober 2 000. Den jeweiligen Treffpunkt erfragen unter 248 096, Ulrike Petersen - Graue Panther Hamburg, oder 398 412 32 Karsten Wagner - Lawaetz-Stiftung.

■■■ Raum für Frauen, Eltern und Kinder Abraxa e.V.

Eulenstraße 20, 22 765 Hamburg Wohnprojekteberatung für Einzelpersonen und Initiativgruppen auf Anfrage. Kontakt: Ulrike Hoppe unter Tel.: 391 795

■■■ Wohnprojekteforum für soziales und gemeinschaftliches Wohnen in Selbstverwaltung e.V.

Das Wohnprojekteforum versteht sich als gemeinsame Plattform für Einzelpersonen und Initiativgruppen sowie als Anlaufstelle für an Wohnprojekten interessierte Menschen. Treffen monatlich im Brakula, Bramfelder Kulturladen e.V., Bramfelder Chaussee 265, 22 177 Hamburg. Projekte-Plenum jeden 1. Dienstag im Monat von 19 bis 21 Uhr, Neuen-Forum jeden 3. Dienstag im Monat. Kontakt unter Tel.: 395 151

Impressum

FREIHAUS Info für gemeinschaftliches und selbstbestimmtes Wohnen

Herausgeber: STATTBAU HAMBURG Stadtentwicklungsgesellschaft mbH, Neuer Kamp 25

STATTBAU hat die Fachleute, die seit nunmehr zwei Jahren das Konzept der Zeitschrift mitentwickelt

haben, in einen Beirat berufen.

Im **FREIHAUS** - Beirat sind

Ingrid Breckner, Sozialwissenschaftlerin

Connie Geisendorf, Studentin

Ulrike Petersen, Politologin und Gerontologin

Klaus Joachim Reinig, Architekt

Volker Roscher, Architekt

Redaktion: Josef Bura

Technische Redaktion: Kerstin Hof

Lay-out-Konzept: Rixa Hummerstein

Fotos soweit nicht anders angegeben: Josef Bura

Redaktionsadresse:

FREIHAUS

c/o STATTBAU HAMBURG

Neuer Kamp 25, 20 359 Hamburg

Tel.: (040) 43 29 42-0

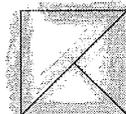
Fax: (40) 43 29 42 10

FREIHAUS im Internet: <http://www.stattbau.de> mit ständig aktualisiertem Veranstaltungsangebot.

Preis: drei Mark.

Erscheinungsweise: zweimal jährlich

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.



STATTBAU
HAMBURG